

Jugend

Zivildienstleistende als Friedensstifter

Zivildienstleistende könnten schon bald im Einsatz stehen für gewaltfreie Konfliktlösung und gegen Jugendgewalt. Der Bund unterstützt ein entsprechendes Pilotprojekt. Zurzeit werden 16 Zivildienstleistende im Projekt «Friedens-Schule» in gewaltfreier Konfliktlösung ausgebildet. Das Interesse der Zivildienstleistenden ist laut Nicolas Zogg von der Gemeinschaft Schweizerischer Zivildienstleistender (GSZ) gross. Es ist deshalb möglich, dass das Projekt in Zukunft noch ausgebaut wird: Zivildienstleistende könnten beispielsweise in Gemeinden, die mit «Peacemaker-Konzepten» arbeiten, auf Schulhausplätzen zum Einsatz kommen. In Zürich wird zudem geprüft, ob Zivildienstleistende an der Euro 08 in Fanmeilen eingesetzt werden sollen, um Gewaltausbrüche frühzeitig zu verhindern. > www.civil.ch

Rechtsextremer Werdegang – Gründe dafür liegen in der Familie

Werden Jugendliche rechtsextrem, sind die Gründe dafür in der Familie zu suchen. Dies ist die Quintessenz einer Studie des Sozialpädagogen Thomas Gabriel von der Universität Zürich, die im Januar 2008 veröffentlicht wurde. Gabriels Befund ist von Interesse, weil die Sozialwissenschaften jugendliche Rechtsextreme bisher meistens als «Modernisierungsverlierer», also als Opfer von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandlungsprozessen, dargestellt hatten. Aufgrund von Interviews mit 26 Mitgliedern rechtsextremer Parteien und Kampforganisationen ist Thomas Gabriel, zusammen mit seinem Team, nun aber zum Schluss gekommen, dass die soziale und wirtschaftliche



Situation der untersuchten Jugendlichen als «normal» zu bezeichnen ist. Die Forscher destillierten jedoch aus den Befragungen, in die auch Eltern und Grosseltern einbezogen wurden, drei familiäre Muster, die dazu führen können, dass Jugendliche rechtsextrem werden.

Nach dem ersten Muster übernehmen die Jugendlichen ihre rechtsradikale Gesinnung von den Eltern und Grosseltern.

Beim zweiten Typ ist Rechtsextremismus eine Folge von Ohnmacht gegenüber Gewalt in der Familie. Beim dritten wird der Hang zu rechtem Gedankengut mit fehlender Wahrnehmung der Jugendlichen durch Erwachsene begründet. Dies führt zu einer Kompensation dieses Mankos in einschlägigen Milieus.

Gabriels Forschungsprojekt ist Teil des Nationalen Forschungsprogramms (NFP) 40+, das sich in 13 Projekten jugendlichem Rechtsextremismus widmet. mh

Von der Webseite des Eidgenössischen Departementes des Innern (EDI) können zwei neue Broschüren der Fachstelle für Rassismusbekämpfung – «Rechtsextremismus bekämpfen: wirksame Massnahmen und griffige Arbeitsinstrumente für Gemeinden» und «Jugendliche und Rechtsextremismus: Opfer, Täter, Aussteiger» – heruntergeladen oder gratis bestellt werden.

> www.edi.admin.ch, www.nfp40plus.ch

Arbeitsmarkt

Die Hälfte der Angestellten erlebt sexuelle Belästigung

28,3 Prozent der Frauen haben sich in ihrem Berufsleben bereits einmal durch sexuelle Belästigung gestört gefühlt. Bei den Männern sind es 10 Prozent. Zu diesem Schluss kommt eine Studie, die der Bund Mitte Januar in Bern vorstellte. «Die Studie zeigt, dass nicht nur Frauen Opfer sind, sondern öfter als erwartet auch Männer», sagte dabei Bundesrat Pascal Couchepin. Allgemein abwertende Sprü-

che und Witze werden von Frauen und Männern in der Studie am meisten als belästigendes Verhalten genannt. Frauen erwähnen danach vor allem taxierende Blicke, persönlich gemeinte abwertende Bemerkungen und unerwünschte Körperkontakte. Männer unerwünschte Telefonate, Briefe und E-Mails sowie Gesten oder Gebärden.

Von solchen Verhaltensweisen berichten 55 Prozent der Frauen und 49 Prozent der Männer. Für den Bund ist dieser Anteil zu

hoch. Deshalb startet er eine Präventionskampagne mit praxisnahen Broschüren und einer Webseite. Diese Kampagne wendet sich besonders an kleinere und mittlere Betriebe. Diese haben im Unterschied zu Grossunternehmen oft keine präventiven Massnahmen ergriffen, obwohl dies das Gesetz vorschreibt. mh > www.sexuellebelästigung.ch

Forschung

Soziale Investitionen:

Latsis-Preises 2007 an Giuliano Bonoli

Giuliano Bonoli, Professor am Institut de hautes études en administration publique (ID-HEAP), hat den Latsis-Preis 2007 erhalten. Verliehen hat dem Politologen diesen mit 100 000 Franken dotierten Preis der Schweizerische Nationalfonds im Auftrag der Latsis-Stiftung. Und zwar für seine vergleichenden Untersuchungen zur Rolle des Sozialstaats in Europa.



Viele Staaten sehen sich heute mit zwei sozialpolitischen Herausforderungen konfrontiert: erstens mit einer Arbeitswelt, die durch Langzeitarbeitslosigkeit und unsichere Anstellungsbedingungen geprägt ist, zweitens durch die demografische Überalterung, welche die künftige Finanzierung des Sozialstaates gefährdet. Wie soll die Politik auf diese Herausforderungen reagieren? Dieser Frage geht Giuliano Bonoli mit seinen Untersuchungen zu den wohlfahrtsstaatlichen Systemen verschiedener europäischer Länder nach. Dabei ist Giuliano Bonoli zum Schluss gekommen, dass der traditionelle Sozialstaat umgestaltet werden muss, um auch im 21. Jahrhundert den sozialen Zusammenhalt der westlichen Demokratien zu garantieren. Jenseits der neoliberalen Schwächung und der strukturkonservativen Bewahrung des Sozialstaates schlägt der Politologe deshalb einen dritten Weg vor: die staatliche Politik der sozialen Investition («investissement social»). Darunter versteht er die Kombination einer wettbewerbsfähigen Ökonomie und eines starken Sozialstaats, wie sie die skandinavischen Länder seit längerem beispielhaft realisieren. mh > www.snf.ch